



Referenz/Aktenzeichen: COO.2180.101.7.191337 / 53/2010/02560

Unser Zeichen: Gea

3003 Bern-Wabern, 23. November 2011

Teilrevision des Bundesgesetzes über die Ausländerinnen und Ausländer (AuG) / Vernehmlassungsverfahren

Fragekatalog

Hinweis: Allgemeine Bemerkungen können am Ende des Fragekataloges angebracht werden.

Revisionsvorschlag	Ja	Nein
Titel - Begrüssen Sie die Umbenennung des Ausländergesetzes (AuG) in Ausländer- und Integrationsgesetz (AuIG)? Umbenennungen haben höchstens symbolische Wirkung.		X
Art. 26a - Begrüssen Sie die Verankerung der zusätzlichen Zulassungsbedingungen für Betreuungs- und Lehrpersonen auf Gesetzesstufe? Will man verhindern, dass eine Person unentgeltlich für eine religiöse Gemeinschaft arbeitet und sich bspw. vom Herkunftsland bezahlen lässt? Dies wäre mit dieser Bestimmung nicht gewährleistet.	X	
Art. 33 Abs. 3-5 - Begrüssen Sie es, dass die Verlängerung der Aufenthaltsbewilligung an eine gute Integration geknüpft wird (Abs. 3)? Die Bestimmungen zum Spracherwerb bedeuten unverhältnismässige Verschärfung des Ausländerrechts und sind zu wenig durchdacht (z.B. Expats). Der letzte Satzteil „und die betroffene Person gut integriert ist“ ist zu streichen. - Begrüssen Sie es, dass die Behörden die Erteilung oder Verlängerung der Aufenthaltsbewilligung in Zukunft mit der Verpflichtung zum Abschluss einer Integrationsvereinbarung verbinden können (Abs. 4)? Hier kann ergänzt werden: „...verbunden werden, insbesondere dann, wenn eine Person nicht als gut integriert gelten kann.“ - Begrüssen Sie es, dass die Behörden unter gewissen Voraussetzungen eine Integrationsvereinbarung abschliessen (Abs. 5)? Keine Pflicht zu Integrationsvereinbarungen, Kantone müssen im Vollzug gewisse Freiheiten haben.	X	X
Art. 34 Abs. 2 Bst. c und 4 AuG - Begrüssen Sie es, dass die Niederlassungsbewilligung nur dann erteilt werden kann, wenn eine gute Integration vorliegt (Abs. 2)? - Begrüssen Sie es, dass bei der frühzeitigen Erteilung der Niederlassungsbewilligung gute Sprachkenntnisse nachgewiesen werden müssen (Abs. 4)?	X X	

<p>Art. 42 Abs. 1 und 1^{bis}, 43 Abs. 1 und 1^{bis}, 44 Abs. 1 Bst. d und Abs. 2</p> <ul style="list-style-type: none"> - Begrüssen Sie es, dass im Zusammenhang mit dem Familiennachzug, die nachgezogenen Personen vor Erteilung sowie bei der Verlängerung der Bewilligung zu einem Sprachförderungsangebot angemeldet sein müssen, falls sie die Fähigkeit zur Verständigung in einer Landessprache nicht auf eine andere Art nachweisen können, und zwar: - Beim Familiennachzug zu Schweizerinnen und Schweizer? - Beim Familiennachzug zu niedergelassenen Personen? - Beim Familiennachzug zu Personen mit einer Aufenthaltsbewilligung? 	<p>X</p> <p>X</p> <p>X</p> <p>X</p>	
<p>Art. 49a</p> <ul style="list-style-type: none"> - Begrüssen Sie Ausnahmen vom Erfordernis des Spracherwerbs für: <ul style="list-style-type: none"> > Kinder? > Kranke oder behinderte Personen? - Begrüssen Sie die besonderen Vorkehrungen für Illetristen und Analphabeten? Diese sollten nicht nur beim Familiennachzug gelten, sondern auf die grundsätzliche Erteilung einer Aufenthaltsbewilligung (nach Art. 33) ausgeweitet werden. - Begrüssen Sie die Verpflichtung zum Abschluss einer Integrationsvereinbarung in den Fällen nach Art. 49a Abs. 2 Bst. b? Keine Pflicht für Integrationsvereinbarungen, Kantone müssen im Vollzug gewisse Freiheit haben. 	<p>X</p> <p>X</p> <p>X</p>	<p>X</p>
<p>Art. 50 Abs. 1 Bst. a</p> <ul style="list-style-type: none"> - Begrüssen Sie die redaktionelle Anpassung ("gut" statt "erfolgreich")? 	<p>X</p>	
<p>Neue Abschnitte</p> <ul style="list-style-type: none"> - Begrüssen Sie die Einteilung des 8. Kapitels (Integration) des Ausländergesetzes in folgende drei Abschnitte: <ul style="list-style-type: none"> > 1. Abschnitt: Integrationsförderung > 2. Abschnitt: Integrationserfordernisse > 3. Abschnitt: Mitwirkung bei der Integration? 1. und 2. Abschnitt ev. abtauschen. 	<p>X</p>	
<p>Art. 53</p> <ul style="list-style-type: none"> - Begrüssen Sie die Bestimmung zu den Grundsätzen der Integrationsförderung? 	<p>X</p>	
<p>Art. 53a</p> <ul style="list-style-type: none"> - Begrüssen Sie die Bestimmung zu den Zielgruppen? Der Status der vorläufigen Aufnahme ist zu überprüfen. Entweder es kann jemand hier bleiben und möglichst rasch mit seiner Integration beginnen. Oder er kann nicht hier bleiben. Dann ist es aber falsch und auch nicht fair, wenn er bereits mit der Integrationsförderung in Kontakt gekommen ist. => Zuerst muss der Asylentscheid gefällt werden (deutlich rascher als heute), dann kommt die Integrationsförderung! Das umgekehrte Vorgehen schafft nur Härtefälle, wo Personen nicht mehr ausgeschaft werden können, weil sie mittlerweile zu gut integriert sind. 		<p>X</p>
<p>Art. 53b</p> <ul style="list-style-type: none"> - Begrüssung Sie die Bestimmung zur Integrationsförderung in den Regelstrukturen? 	<p>X</p>	
<p>Art. 53c</p> <ul style="list-style-type: none"> - Begrüssen Sie die Bestimmung zur spezifischen Integrationsförderung? 	<p>X</p>	
<p>Art. 54</p> <ul style="list-style-type: none"> - Begrüssen Sie die Bestimmungen zur Steuerung und Koordination auf Bundesebene (Abs. 1, 2), sowie zwischen Bund und Kantonen (Abs. 3, 4, 5)? 	<p>X</p>	
<p>Art. 55</p> <ul style="list-style-type: none"> - Begrüssen Sie die Bestimmung zu den Informationsinhalten (Abs. 1), zur Erstin- 		<p>X</p>

<p>formation der Kantone (Abs. 2 und 3): Letzter Satz in Absatz 3 streichen. Es ist eine Selbstverständlichkeit, dass der Bund z.B. Vorlagen zur Verfügung stellt. Eine Unterstützung muss nicht festgehalten werden.</p> <p>- sowie zur Information der Schweizer Bevölkerung (Abs. 5)? Umformulieren: Bund, Kantone und Gemeinden stellen Informationen bereit über... Informationen z.B. auf Webseiten bereitstellen => o.k. / aktive Information mittels Plakatkampagnen, TV-Spots und ähnlichem => zu teuer und unerwünscht.</p> <p>- Begrüssen Sie die Einführung einer Delegationsnorm (Abs. 6)?</p>	X	
<p>Art. 56</p> <p>- Begrüssen Sie die Bestimmungen zur Finanzierung, namentlich zur Zusammenlegung des Integrationskredites und der Integrationspauschale (Abs. 2) sowie zu den kantonalen Integrationsprogrammen und Programmen und Projekten von nationaler Bedeutung (Abs. 3)?</p>	X	
<p>Art. 57</p> <p>- Begrüssen Sie die Förderbereiche a-g?</p>	X	
<p>Art. 58</p> <p>- Begrüssen Sie die Kriterien zur Beurteilung der Integration (Abs. 1 und 2)?</p> <p>- Begrüssen Sie die Definition von guter Integration (Abs. 3)? Die Definition darf nicht zur einseitigen Benachteiligung von Personen führen, die Mühe haben mit dem Spracherwerb. Gradmesser für die Integration sind weniger die absoluten Sprachkenntnisse, sondern die Bereitschaft, diese zu erwerben.</p>	X X	
<p>Art. 58a</p> <p>- Begrüssen Sie es, dass die Rahmenbedingungen von Integrationsvereinbarungen im Gesetz festgehalten werden (Abs. 1 und 2)?</p> <p>- Begrüssen Sie das neue Instrument der Integrationsempfehlungen (Abs. 3)?</p>	X X	
<p>Art. 58b</p> <p>- Begrüssen Sie die Mitwirkung der Arbeitgeber bei der Integration?</p>	X	
<p>Art. 83a</p> <p>- Begrüssen Sie es, dass mit vorläufig aufgenommenen Personen unter bestimmten Voraussetzungen Integrationsvereinbarungen abgeschlossen werden? Zuerst muss der Status der vorläufigen Aufnahme geklärt und allenfalls revidiert werden. Wieder: Zuerst der definitive Asylentscheid, dann die Integration.</p>		X
<p>Art. 84 Abs. 5</p> <p>- Begrüssen Sie es, dass bei der Erteilung einer Aufenthaltsbewilligung an vorläufig aufgenommene Personen die Integration geprüft wird?</p>	X	
<p>Art. 96 Abs. 1</p> <p>- Begrüssen Sie die redaktionelle Anpassung ("Integration" statt "Grad der Integration")?</p>	X	
<p>Art. 100b</p> <p>- Begrüssen Sie es, dass die Kommission für Migrationsfragen neu in Art. 100b geregelt wird und die entsprechende Bestimmung den neuen Aufgaben der Kommission angepasst wird? Komisch mutet das Vorhaben an, auch Personen mit offenem Asylentscheid in diese Kommission zu wählen. Wie soll ein Asylsuchender in die EKM gewählt werden, dort ein paar Jahre mitarbeiten und nachher einen abschlägigen Entscheid erhalten? Ein solch widersprüchliches Handeln des Staates ist schwer vorstellbar. Es besteht die Gefahr, dass mit der EKM „Vorzeigeflüchtlinge“ geschaffen werden.</p>	X	
Art. 3 Bst. c BBG		

- Begrüssen Sie es, dass die Integration von Ausländerinnen und Ausländer in die Ziele der Berufsbildung aufgenommen wird?	X	
Art. 1 Abs. 2 Bst. f RPG - Begrüssen Sie es, dass mit Massnahmen der Raumplanung der gesellschaftliche Zusammenhalt und die Integration von Ausländerinnen und Ausländer gefördert werden?	X	
Art. 29a RPG - Begrüssen Sie es, dass in der Raumplanung Projekte zur Verbesserung der Wohnqualität und des gesellschaftlichen Zusammenhalts durchgeführt werden können?	X	
Art. 27 Abs. 2^{bis} ATSG - Begrüssen Sie es, dass die Durchführungsorgane der einzelnen Sozialversicherungen individuelle Besonderheiten der interessierten Personen berücksichtigen können? <i>Sehr komplizierte Formulierung.</i>	X	
Art. 43 Abs. 1^{bis} ATSG - Begrüssen Sie es, dass die Versicherungsträger bei Abklärungen individuelle Besonderheiten der versicherten Personen berücksichtigen können?	X	
Art. 59 Abs. 3 IVG - Begrüssen Sie es, dass die IV-Stellen auch Fachstellen für die Integration und Vermittlungsstellen für interkulturelles Übersetzen beiziehen können?	X	
Art. 68^{bis} Abs. 1 Bst. e^{bis} IVG - Begrüssen Sie es, dass im Rahmen der interinstitutionellen Zusammenarbeit auch mit den öffentlichen und privaten Durchführungsorganen der Ausländer- und Integrationsgesetzgebung eng zusammengearbeitet wird?	X	
Art. 59 Abs. 5 AVIG - Begrüssen Sie es, dass die zuständigen Amtsstellen auch mit den öffentlichen und privaten Durchführungsorganen der Ausländer- und Integrationsgesetzgebung zusammenarbeiten?	X	
Art. 59a Bst. a AVIG - Begrüssen Sie es, dass die Analyse der Auswirkungen von arbeitsmarktlichen Massnahmen auf sämtliche Kategorien von Personen ausgeweitet wird?	X	
Art. 59a Bst. c AVIG - Begrüssen Sie es, dass Massnahmen zur Förderung von Personen mit Migrationserfahrungen verstärkt werden?	X	
Art. 66a Abs. 1 Bst. c AVIG - Begrüssen Sie es, dass Ausbildungszuschüsse auch Personen gewährt werden können, welche über keine in der Schweiz anerkannte Ausbildung verfügen?	X	
Art. 66a Abs. 3 AVIG - Begrüssen Sie es, dass Personen die über einen in der Schweiz anerkannten Abschluss einer Hochschule oder einer höheren Fachschule verfügen keine Ausbildungszuschüsse erhalten?	X	
Art. 85f Abs. 1 Bst. e AVIG - Begrüssen Sie es, dass im Rahmen der interinstitutionellen Zusammenarbeit auch mit den öffentlichen und privaten Durchführungsorganen der Ausländer- und Integrationsgesetzgebung eng zusammengearbeitet wird?	X	